

# Der Gewerksverein

Organ des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine  
sowie für Einigungsämter, Versicherungs- und Produktiv-Genossenschaften.

Erscheint jeden Freitag. Vierteljährlicher  
Abonnementspreis: durch die Post bezogen  
1 Mk. — Unter Kreuzband 1 Mk. 25 Pf. —  
Alle Postanfragen für Berlin alle Bestellungen,  
Spezialdruck, nehmen Bestellungen an.  
Interate pro Heft: Geschäftsang. 25 Pf.,  
sonstigenang. 15 Pf. Vereinsangelegen-  
heiten 10 Pf. Arbeitsmarkt gratis. Redaktion  
u. Exped.: N.O. Greifmalderstr. 22/23.  
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

(Eigentum des Verbandes.)

Herausgegeben  
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände

Centralkath der Deutschen Gewerksvereine  
(Hirsch-Duncker).

Bei Abonnement von mindestens 3 Exempl.  
unter einer Adresse tritt für Nichtmitglieder  
der ermäßigte Preis von 75 Pf. ein, welche  
franco an den Verbandskassierer Rudolf  
Hirsch, N.O. Greifmalderstr. 22/23, ein-  
zulegen sind. Für Mitglieder 55 Pf. pro  
Exemplar. Bei obligatorischem Abonnement  
seitens der Gewerksvereine 35 Pf. pro Exempl.  
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 47.

Berlin, 24. November 1905.

Siebenunddreißigster Jahrgang.

## Inhalts-Verzeichnis.

Der Tabak soll bluten. — Die Berichte der preussischen Gewerberäthe für 1904. — Sozialdemokratische Bethätigung des „freien“ Wahlrechts. — Hochenschan. — Gewerksvereins-Theil. — Verbands-Theil. — Anzeigen-Theil.

### Der Tabak soll bluten.

Die Reichsregierung braucht Geld. Das ist nichts Neues. In der Mitte der sechziger Jahre war unser Reich noch schuldenfrei. Heute sind die Schulden bereits auf über 3 Milliarden Mark angewachsen. Die Verzinsung dieser Reichsschulden kostet allein pro Jahr 117 Millionen Mark. Um dieser Schuldenmacherei ein Ende zu bereiten und weil man auch für die wachsenden Ausgaben immer mehr Geld braucht, sollen das Bier, der Tabak und der Duittingstempel stärker zur Steuer herangezogen werden. Jetzt bringen diese Steuerarten 400—450 Millionen Mark pro Jahr. Die Steueränderungen sollen 150 bis 200 Millionen Mark mehr herausbringen. Davon sind dem Tabak 40 Millionen Mark mehr zugeordnet. Es ist das alte Lied unserer deutschen Steuerpolitik. Die Konsumenten sollen das Defizit in der Reichskasse von Neuem decken. Man will aus dem System der indirekten Steuern nicht heraus, sondern immer tiefer hineinkommen. Eine Steuer in baarem Gelde zu Lasten derjenigen Schultern, die eine höhere Steuer von ihrem großen Einkommen sehr wohl tragen könnten, ist nicht beliebt. Da müßten die Surrahpatrioten, die sich für eine uferlose Plottenpolitik begeistern, selbst in die Tasche greifen, und das würde ihrer Begeisterung vielleicht gar zu viel Abbruch thun können. Also sollen die Massen der wirtschaftlich Schwachen ihre in Folge der bisherigen Lebensmittelerhöhung schon herabgesetzte Lebenshaltung noch weiter einschränken!

Gewiß! Es mag ganz erhebliche finanztechnische Schwierigkeiten haben, eine direkte Reichssteuer zu erheben, weil diese Steuerart den einzelnen Staaten des Reiches eigenthümlich ist. Es liege aber bereits eine Anzahl Vorschläge direkter Steuererhebung durch das Reich vor, deren etwaige Undurchführbarkeit bisher noch nicht erwiesen ist. Eine Reichseinkommensteuer, eine Vermögenssteuer und eine Erbschaftsteuer könnten reiche Quellen für die Sättigung der Reichskassen bilden, ohne damit die schwachen Schultern aufs Neue zu belasten. Eine Erbschaftsteuer wird allerdings auch von der Reichsregierung ernstlich erwogen. Einfacher aber denkt man sich die rasche Vermehrung der Reichseinnahmen erreichen zu können durch eine Erhöhung der Abgaben, insbesondere auf Bier und Tabak. Vom wohlberechtigten Standpunkte der Arbeiterinteressen müssen wir uns mit aller Entschiedenheit gegen diese neue Belastung des Konsums wenden.

Heute wollen wir uns näher beschäftigen mit den Anschlägen auf den Tabak. Da ist zunächst geplant eine Cigarettenpapiersteuer von 2 Mk. für 1000 Blättchen zu erheben. Eine solche Steuer besteht in Bulgarien, Rumänien und Griechenland. In diesen Ländern darf jeder Reisende nur 1 Heft Cigarettenpapier bei sich haben. Seidenpapier zu Packzwecken wird nur dann zur Einfuhr zugelassen, wenn es derart gefährdet ist, daß es zu Cigaretten nicht verwendet werden kann. Da nun aus einem Kopirbuch mit 1000 Blatt zum Preise von 2 Mk. 20 000 Cigarettenblättchen herausgeschnitten werden können, muß in den genannten Ländern das Seidenpapier der Kopirbücher dermaßen durchlocht sein, daß man keine Cigarettenblättchen daraus her-

stellen kann. Man ist schließlich gezwungen gewesen ein staatliches Cigarettenpapiermonopol einzuführen, wodurch der ganze Handelsverkehr gehemmt, die gesammte Papierfabrikation unter Kontrolle gestellt worden ist.

Und so vielen Scherereien soll unsere Papierindustrie und der Papierhandel ausgesetzt werden, um aus dem Cigarettenpapierstempel jährlich lumpige 8 Millionen Mark für das Reich zu ernten. Der Steuerdefraudation würde obenrein Thür und Thor geöffnet. In einem Doppelbrief aus Oesterreich für 20 Pfg. Porto könnten die Defraudanten 10 000 Cigarettenblättchen ohne Kenntniß der Steuerbehörde einführen, und viel mehr noch in Postpaketen aus den russischen, schweizerischen und anderen Grenzorten. Das würde zu einer Steuerschnüffelei ohnegleichen führen müssen. Und der Effekt wäre, Deutschland käme auf die steuertechnische Höhe zurückgebliebener Länder, wie Bulgarien, Rumänien und des niedergegangenen Griechenlands! Großartig, in der That großartig!

Die Cigarettenindustrie ist in Deutschland noch verhältnismäßig neu, sie hat sich aber zu großer Blüthe entwickeln können, weil die Technik der Maschinen für diese Industrie eine überaus fein und sinnreich durchbildete hat werden können. In diesen Maschinen stecken ungezählte Millionen und zahlreich sind die Arbeiter und Arbeiterinnen die an ihnen in dieser Industrie beschäftigt werden. Wie man da auf den Gedanken kommen konnte, um eines so geringen Steuereffektes willen, diese neue Industrie dem Ruin zu überantworten, muß für jeden verständigen Menschen ein unlösbares Räthsel sein.

Die Inlandsteuer auf Tabak soll  $4\frac{1}{2}$  Millionen Mark mehr bringen. Der Erntewerth des Inlandtabaks beträgt ca. 17 Millionen Mark und davon werden bereits jetzt  $11\frac{1}{2}$  Millionen Mark Steuern erhoben. Wird die neue Steuererhöhung durchgeführt, so würde ein Werthobjekt von 17 Millionen Mark 16 Millionen Mk. Steuern zu tragen haben. Das sagt genug!

Ferner soll der Tabakzoll auf 1200 Mk. pro Tonne erhöht werden. Außerdem ist eine Zollerhöhung auf Fabrikate in Aussicht genommen worden. Wenn alle bestehenden Pläne durchgeführt würden — von der Erhebung einer 25-prozentigen Werthsteuer soll man wieder Abstand genommen haben — dann kämen zu dem bisherigen Tabakzoll- und Steuerertrag von 72 Millionen Mark pro Jahr noch 40 Millionen Mark mehr hinzu. Das ist unerhört!

Von den gegenwärtig etwa 200 000 Arbeitern und Arbeiterinnen in der deutschen Tabakindustrie würden in Folge Konsumverminderung Zehntausende brodblos werden. Die ganze Last würde treffen die Cigarren in der Ladenpreislage bis zu 6 Pfg., da diese z. B. in den westfälischen Cigarrenfabriken  $\frac{7}{8}$  der gesammten Produktion ausmachen. Die Fabrikation der Cigarre des Massenkonsums würde noch mehr in die Hausindustrie des platten Landes mit unzureichenden Arbeitsräumen gedrängt werden. Der zweifellos eintretende Rückgang im Verbrauch würde wieder auszugleichen versucht werden durch Gewinnung billiger Arbeitskräfte und möglichst geringer Betriebskosten. Nun gehören aber schon heute die Arbeiter der Tabak- und Cigarrenindustrie mit zu den schlechtest gelohnten und soll dieser Zustand noch weiter verschärft werden. Dagegen muß sich die deutsche Arbeiterschaft wie ein Mann erheben und energisch fordern, daß man die schon wiederholt in starke Beunruhigung gebrachte Tabakindustrie endlich in Ruhe

eicht, um auch für die darin beschäftigten zahlreichen Arbeiter bessere Zustände erwirken zu können. Wir stimmen daher vollkommen überein mit der Resolution, die unser Gewerkeverein der Deutschen Cigarren- und Tabakarbeiter an den deutschen Bundesrath gerichtet hat:

„Der Gewerkeverein der Deutschen Cigarren- und Tabakarbeiter erklärt sich mit aller Entschiedenheit gegen die angeklagten Tabaksteuerentwürfe wie überhaupt gegen jede Mehrbelastung des Tabaks und erhebt Einspruch mit der Begründung, daß dadurch die Ausbreitung der allgemein schädlichen Heimarbeit gefördert und die Herabdrückung der Arbeitslöhne begünstigt, wie der Verbrauch an Tabakfabrikaten eingeschränkt werde, und darum Arbeitslosigkeit, Noth und Elend für die Tabakarbeiter und damit verwandten Industriearbeiter die Folge sein müsse.“

Die Reichsregierung hat zum Schaden für das deutsche Volk in den neuen Zollsätzen auf Lebensmittel den Agrariern einen übergroßen Liebesdienst erwiesen. Einer weiteren Vertteuerung von Konsumartikeln muß daher mit aller Kraft entgegen gewirkt werden. Es darf dem hartarbeitenden armen Mann nicht auch noch der kleine bescheidene Genuß einer Pfeife Tabak oder einer Cigarre weiter beschränkt oder gar ganz unmöglich gemacht werden. Im Namen der Gerechtigkeit fordern wir die Reichsregierung auf, von solchen verderblichen Plänen abzusehen!

### Dr. E. E. Die Berichte der preussischen Gewerbeärzte für 1904.

VI.

#### Unfallverhütung.

Wie auf dem Gebiete der Gewerbehygiene entfallen die Aufsichtsbeamten auch auf dem der Unfallverhütung eine rege und dankenswerthe Wirksamkeit. Die Berichte, welche gerade dem letzteren Punkte gewidmet sind, enthalten heuer wieder eine solche Fülle von Anregungen und Beobachtungen, daß es wohl lohnen dürfte, dem Kapitel: „Schutz vor Gefahren“, eine besondere Betrachtung zu widmen.

Zunächst ist zu bemängeln, daß in den Berichten eine zusammenfassende Statistik der in den einzelnen Bezirken gemeldeten Unfälle fehlt. Wir haben uns der Mühe unterzogen, eine solche Zählung vorzunehmen. Dabei sind wir auf die erschreckende Zahl von beinahe 200 000 Unfällen, genau 199 494, gestoßen.\*) Aber diese 200 000 Opfer auf dem friedlichen Felde der Arbeit in einem Jahre hinzukommen, künden noch nicht den Jammer und das Elend, der Schmerzen und Qualen, welche sie den Betroffenen und ihren Familien zufügen!

Vernimmt man diese erschreckend hohe Ziffern, der durch Unfälle aller Art an Gesundheit und Leben vernichteten Arbeiter, — hierbei sind die Unfälle in den Bergwerken noch nicht einmal einberechnet — so wird man erst die kontrollierende, beratende Thätigkeit der Fabrikenspektion, ihre wichtige Funktion im Dienste des Schutzes der Arbeiter vor Gefahren würdigen können.

So viel darf aber, ohne der Uebertreibung geziehen zu werden, behauptet werden, daß eine erhebliche Anzahl von Unfällen hätte vermieden werden können, wenn es die Arbeitgeber und Unternehmer an den notwendigen Schutzvorkehrungen und die Arbeiter es an die gebotene Vor- und Umsicht nicht hätten fehlen lassen. — Zu beklagen bleibt dauernd die Nachlässigkeit, Nachlässigkeit und Leiber der Leichtsinns“, heißt es wörtlich im Bericht aus Ostpreußen, „mit dem die Arbeiter sich Gefahren aussetzen, in denen sie dann umkommen. Gleiches wird auch von den Aufsichtsbeamten von Magdeburg (S. 197) und Hildesheim (S. 286) lebhaft beklagt. Die Gewerbeaufsichtsbeamten finden stets aus Neue Gelegenheit, ihre Sorge für Herstellung von Schutzvorrichtungen an Maschinen und Apparaten in mündlicher und schriftlicher Form zu betheiligen.“

Zahlreiche Unfälle kamen auch wieder an Pressen und Stangen vor, an denen noch sehr oft Schutzvorrichtungen fehlen, obwohl dem Unternehmer die Möglichkeit geboten sei, sich aus der großen Zahl der vorhandenen zweckmäßigen Konstruktionen eine der Eigenart der Maschine angepaßte, auszuwählen. Wiederholte schwere Unfälle an horizontalen Steinpressen einer Kalksteinfabrik hatten den Gewerbeinspektor in Potsdam veranlaßt, die Anbringung einer Schutzvorrichtung an diesen Pressen zu verlangen, die im gefährlichen Augenblicke die Hände der Arbeiter von den Pressestempeln abwehrt. (S. 36.)

Durch herausfliegende Schützen der schnelllaufenden Webstühle kamen 40 Unfälle vor, von denen 31 den eigenen Webertrafen. Zwei Webereien legten gegen eine polizeiliche Verfügung, welche von ihnen die Anbringung von Schützenängern verlangte, Beschwerde ein. Diefes wurde aber zurückgewiesen. Von dieser grundsätzlichen Entscheidung ist den Fabrikantenevereinen

Renntnis gegeben worden, mit dem Hinzufügen, daß nunmehr in allen Webstühlen der Tuchindustrie, die mehr als 65 Schuß in der Minute machen, Schützenfänger verlangt werden würden, daß aber erst nach dem 1. Oktober 1905 gegen diejenigen Webereibesitzer vorgegangen werden würde, welche bis dahin noch keine Schützenfänger angebracht hätten. (Frankfurt a. D. S. 56/57.)

Die nordöstliche Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft berichtet, daß ein Zehntel ihrer entschuldigungsplichtigen Unfälle die Augenverletzungen bilden, auf deren Verhütung müsse daher große Sorgfalt verwendet werden.

Die gefährlichsten Arbeitsmaschinen, die Fahrstühle, verursachten im Berliner Bezirke 64 Unfälle, von denen 5 den Tod der Verletzten und 8 deren schwere Schädigung zur Folge hatten. Die übrigen Verletzungen sind sämtlich durch vorschriftswidrige Benutzung und mangelhafte Beaufsichtigung der Fahrstühle entstanden. (S. 81.)

An den Arbeitsmaschinen der Holzindustrie sind wieder zahlreiche Unfälle zu beklagen. Der Gewerbeinspektor in Bromberg ist auf Grund seiner Beobachtungen zu dem Resultat gekommen, daß bei den jungen Leuten von 14 bis 18 Jahren die Unfallhäufigkeit eine doppelt so große wie bei den übrigen Arbeitern sei. Ein Verbot der Beschäftigung der jungen Leute an den Kreis sägen, Hobelmaschinen dürfte die Unfallziffer nicht unerheblich herabdrücken. (S. 123.)

Wenn der Aufsichtsbeamte von Breslau zu melden weiß, daß er bei den Revisionen 1045 Mängel an Schutzvorrichtungen vorgefunden (S. 144) und sein Kollege aus Cöln berichtet, daß er 3574 Maßnahmen gegen Unfallgefahren angeordnet habe (S. 466), so beweisen diese Zahlen zur Genüge, mit welcher Gewissenhaftigkeit die Herren Unternehmer für die Durchführung der Vorschriften des Arbeiterschutzes besorgt sind! Zu ihrer Beseitigung hat es nicht weniger als 603 schriftlicher Vorstellungen seitens der Aufsichtsbeamten und 131 polizeilicher Verfügungen bedurft.

Die Unterjochung zahlreicher schwerer Unfälle in Steinbrüchbetrieben, Sand- und Lehmgräbereien“, heißt es aus Appeln, „lehrt, daß die Arbeiter in dem Bestreben, namentlich bei niedrigen Gedingelagen, die Zeit möglichst auszunutzen, um keine Einbuße am Verdienste zu erleiden, die Unfallverhütungsvorschriften sehr häufig wissentlich nicht beachten“. Auffallend war in einem Falle der Gegenatz zwischen den Vorschriften der einschlägigen Polizeiverordnung und denen der Berufsgenossenschaft. In einem Basalt-Steinbrüche waren die Wände unterhöhlt worden, und als auf Grund der Polizeiverordnung, die jedes Unterhöhlen streng untersagt, eingeschritten werden sollte, stellte sich heraus, daß der Genossenschaftsvorstand auf Grund der besonderen Vorschriften der Steinbrüchgenossenschaft für Unterhöhlungen“ dies gestattet (! Die Redaktion.), dafür aber den Unternehmer in eine größere Gefahrenklasse eingeschätzt hatte. (S. 173.)

Recht empfehlenswerthe Verfahren zum Zwecke der Unfallverhütung werden aus Magdeburg (S. 197) und aus Hildesheim (S. 288) berichtet. Die Chemische Fabrik Budau hat in ihrer Ammoniakfabrik zu Staßfurt, in der stets viele Unfälle vorkommen, folgenden Weg hierzu eingeschlagen. Zunächst wurden die Meister und Aufseher verpflichtet, unter Anwendung von Strafen für die genaueste Befolgung der Unfallverhütungsvorschriften zu sorgen. Außerdem wurden noch ein Schlosser, ein Zimmermann und ein Hofschmied zur besonderen Kontrollirung der in ihr Fach einschlagenden Fabrikeinrichtungen bestellt. Sie müssen diese allwöchentlich zweimal prüfen, über den Befund Buch führen und jedesmal den Meistern und Aufsehern, jede Woche einmal dem Betriebsingenieur Bericht erstatten. Versäumnisse werden bestraft. Diese Handwerker erhalten am Ende eines jeden Monats eine Prämie, wenn die Nachprüfung, die der Betriebsingenieur vornimmt, zufriedenstellend ausfällt. Daneben erhalten sie besondere Belohnungen, wenn in einzelnen Fällen durch ihre Thätigkeit die Unfallverhütung wesentlich gefördert wird. Wie war nun der Erfolg dieser Einrichtung? Im Betriebsjahre wurden durchschnittlich 386 Arbeiter in der Fabrik beschäftigt, und es kamen 29 Unfälle vor, wogegen im Vorjahre die Arbeiterzahl 380, die Zahl der Unfälle 58 betrug. Diese ist also auf die Hälfte zurückgegangen. Die von jener Fabrik getroffene Einrichtung kann sehr zur Nachahmung empfohlen werden.

Auch die Einrichtung, welche vom Feiner Walzwerk vor Jahresfrist ins Leben gerufen wurde, verdient besondere Beachtung, weil sie sowohl das Interesse der Arbeiter an Schutzvorrichtungen und ihr Verantwortlichkeitsgefühl stärkt, als auch die Erfahrungen der Arbeiter zur Erkennung und Beseitigung vorhandener Unfallgefahren verwertet. Sie besteht darin, daß von den Arbeitern der verschiedenen Betriebsabteilungen für jede Abtheilung Arbeiter zu Kommissionen in freier Wahl gewählt wurden, welche allmonatlich einmal die zu überwachenden Betriebsabteilungen auf das Vorhandensein genügender Schutzvorrichtungen zu besichtigen haben. Die auf die Revision verwendete Zeit wird vergütet. Der Kommission wurde von dem Werk eine Schreibhilfe beigegeben, welche die geäußerten Wünsche in ein besonderes Buch niederzuschreiben hat. In der Zeit von Januar bis Dezember wurden an 63 Revisionsterminen 224 Vorschläge gemacht, von denen 198 unverändert, 5 Vorschläge

\*) In erster Stelle steht der Regierungs-Bezirk Trier mit 58 570 Unfällen. Dann folgt der Bezirk Düsseldorf mit 26 814 und der Aufsichtsbezirk Berlin mit 28 409 Unfällen.

nach Abänderung berücksichtigt werden konnten. Die recht brauchbaren Vorschläge waren folgender Art: Schutz gegen Unfallgefahren 178, Schutz gegen Krankheit 9, Beleuchtung 36 und Wohlfahrtsrichtungen 1.

Zum Schluß seien noch einige statistische Aufzeichnungen über den Gefährlichkeitsgrad der verschiedenen Betriebsrichtungen aus dem Kölner Bezirke (S. 463) wiedergegeben.

U r s a c h e	Summe der Unfälle aller Industriezweige, welche zur Folge hatten			überhaupt
	Tod	Erwerbsunfähigkeit von mehr als 13 Wochen	wenig	
Dampfessel-Anlagen	—	2	26	28
Kraftmaschinen (Motoren)	—	8	22	30
Getriebe (Kraftleitungen)	2	8	41	51
Elektrische Leitungen	—	—	7	7
Sebezeuge (Krane, Aufzüge)	1	6	49	56
Arbeitsmäch. für Metall	1	46	383	430
Arbeitsmäch. für Holz- u. sonst. Stoffe	—	32	98	130
	—	63	211	274
Werkzeuge und Geräth:	2	40	954	996
Explosionen und feuergef. Stoffe	1	2	7	10
Feße, ägende Flüssigkeiten	—	16	254	270
Transporte, Verladung	6	73	1934	2013
Sturz von Personen	18	101	1403	1522
Einwurf, Umfallen von Gegenständen	6	35	876	917
Verchiedenes	2	45	977	1024
<b>zusammen</b>	<b>39</b>	<b>477</b>	<b>7242</b>	<b>7758</b>

Aus unserer Betrachtung ist mit Sicherheit zu entnehmen, daß seitens der Unternehmer in der Zukunft der Unfallverhütung weit mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden muß als bisher, wenn gehofft werden soll, die ungeheuren Opfer an Leben und Gesundheit der Arbeiter wenigstens einigermaßen herabzumindern. Aber auch die Arbeiter bedürfen der steten Belehrung und Aufmunterung, damit sie die an den Maschinen angebrachten Schutzvorrichtungen auch benutzen, und nicht, wie dies leider zu ihrem Schaden oft der Fall ist, bestelligen. Hier erblähe den Arbeiterorganisationen in ihren Versammlungen ein reiches und dankbares Feld der Betätigung.

Hoffen und wünschen wir, daß besonders unsere Verbandsgenossen (bzw. die Vorstände) dieser unserer Anregung, zum Wohle der Arbeiter, eifrigst nachkommen mögen!

### Sozialdemokratische Betätigung des „freien“ Wahlrechts.

Theorie und Praxis sind für die freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratie, bekanntlich eine Gesellschaft aus Gegenseitigkeit, oftmals zu klippen geworden, an denen ihre Lehr- und Grundsätze gescheitert sind. Dieselben Leute, die im Braustion der Ueberzeugung volle Gewährleistung der Freiheitsrechte vom Staate, sowie den Unternehmern fordern, treiben oftmals Mißbrauch mit der bürgerlichen und menschlichen Freiheit andersdenkender Arbeiter in der Praxis, treten die Menschenrechte derselben geradezu mit Füßen. Einen neuen Beweis der Unduldsamkeit haben die freien Gewerkschaften durch Vergewaltigung der Gegenpartei bei den Gewerbegerichtswahlen in Königsberg wiederum erbracht. Das Ortsstatut für das Gewerbegericht hat auf Antrag unseres dortigen Ortsverbandes das Proportionalwahlssystem vorgelesen. Dieses System ist den Gewerkschaften immer ein Dorn im Auge gewesen, weil hierbei auch die Minorität Gelegenheit bekommt, theilnehmen zu können an der Rechtsprechung über gewerbliche Streitfragen. Dies will der Machtzettel der Gewerkschaften nicht zulassen. Die Minorität hatte in Königsberg ein Kompromiß zur Erringung dieses Rechts geschlossen, und so standen sich sozialdemokratische und nichtsozialdemokratische Arbeiter im Wahlkampf gegenüber. Nun ist zwar jeder Wahlkampf mit einer gewissen Erregung der Gemüther der Theilnehmenden verbunden; in Königsberg aber hatte die Erregung an dem ersten Tage der Wahl, einem Sonntage, das zulässige Maß überstiegen. Statt der geistigen Waffen bediente man sich der rohen Gewalt, und was das Schlimmste ist, die Ausschreitungen gegen die Wahlfreiheit wurden nicht von unwissenden Willkürern, sondern von den Kerntuppen, von den organisierten „Genossen“ in Szene gesetzt, was ganz besonders bei Beurteilung der Vorgänge in Betracht zu ziehen ist und deshalb allenthalben auch bedeutendes Aufsehen erregt hat.

Doch um Ausreden ist man auf zielbewußter Seite niemals verlegen. Bei jedem verlorenem Streit sucht man nach einem Prügelknaben. Die Rufe: Diebe, Mörder, Streifbrecher erklingen von zielbewußter Seite bei jeder Gelegenheit, bei der es notwendig ist, den Außenstehenden Sand in die Augen zu streuen. So auch nach der Gewerbegerichtswahl in Königsberg. Wochenlang vor-

her hatte das zielbewußte Organ seinen Geifer unwahrer Verdächtigungen und blöder Schimpfereien gegen die Arbeiter verpöht, die sich frei machen wollten von der „modernen“ Bevormundung. „Goldnechte des Kapitals“, „Streifbrecher“ und andere Liebeshwürdigkeiten des modernen Schimpfleurions warf man Kandidaten des Kompromisses an den Kopf. In einem Anfall nervösen Hochmuths versetzte sich sogar das politische Organ der Gewerkschaftler dazu, in den Schlußbemerkungen eines Artikels wörtlich zu schreiben: „Es gilt nur Ehrenmänner zu wählen, und das sind einzig und allein die Kandidaten der freien Gewerkschaften.“ Und die Leibgarde dieser „Ehrenmänner“ hat Dhrseigen ausgetheilt, den Zettelvertheilern die Zettel entrißen, Drohungen ausgestoßen und den Schirm als geistige Waffe benutzt! Das streiten die Leibgardisten. „Haltet den Dieb“ war ihr Ruf, um sich selbst reinzuwaschen von dem Vorwurf. Man fühlte sich schuldig und bemühte sich, die Schuld zu leugnen. Nicht wir haben vergewaltigt, sondern wir sind vergewaltigt worden, behaupteten sie. Der Magistrat mit seinen unzugänglichen Wahlvorbereitungen, so hieß es seitens der „Freien“, trägt die alleinige Schuld an den Vorkommnissen des ersten Wahltages. Und um sich ganz reinzuwaschen, bestellte man sich bei den sozialdemokratischen Stadtverordneten eine Interpellation an den Magistrat.

Die Verhandlungen der Stadtverordnetenversammlung gaben trotz aller Schönbreden der sozialdemokratischen Stadtverordneten ein eigenenthümliches Bild von den Vorgängen. Theilweise wurden die Mängel der Vorbereitungen seitens des Magistrats, die derselbe im Einverständnis mit den bisherigen Gewerbegerichtsbesitzern getroffen hatte, anerkannt. Diese Mängel allein aber haben nicht Veranlassung gegeben, daß Tausende von Wählern ihr Wahlrecht nicht frei ausüben konnten. Denn nur am ersten Wahltage waren die verwerflichen Mittel der Wahlbeeinflussung seitens der Gewerkschaftler zu verzeichnen; an den beiden anderen Wahltagen hielten die Ordner derselben die Disziplin aufrecht. Oberbürgermeister Körte führte beziehungsweise in Bezug auf die erzwungene Disziplin aus: „Ich habe den Eindruck, daß man auf jener Seite die Undiszipliniertheit hat so lange gewähren lassen, bis man auf Seiten der Majorität ihre unbedingte Macht erkannt hatte.“ Das Vorkommen von Ausschreitungen wurde selbst von den sozialdemokratischen Rednern nicht ganz bestritten, wenn auch nach Meinung dieser Herren die Gegenpartei die Schuld daran trägt. Auch zu eigenartigen Entschuldigungen nahmen diese Herren ihre Zuflucht. So sagte u. A. der Stadtverordnete Haase, daß manche Wähler nach der Kneipe gegangen waren, um etwas zu essen. Wenn Sie sieben Stunden lang stehen sollen,“ fuhr der Redner, sich an die Stadtverordneten wendend, fort, „dann gehen Sie auch einen trinken“. Diese Stimmung sollte also Veranlassung zu den Szenen gegeben haben. Welcher Art diese Szenen waren, geht aus den Ausführungen weiterer Redner hervor. „Die Ausübung der Wahl ist deshalb für den großen Theil der Wähler nicht möglich gewesen, weil die Mitglieder der freien Gewerkschaften den Mitgliedern der anderen Organisationen die Wahl unmöglich machten in Folge ihres Verhaltens, weil sie den Zettelvertheilern der anderen Parteien die Zettel wegrißen.“ Oberbürgermeister Körte wurde noch deutlicher. Er führte u. A. aus, ihm sei berichtet worden, daß den Zettelträgern und Zettelvertheilern der freien Gewerkschaften gegenüberstehenden Liste nicht nur die Zettel entrißen wurden, sondern daß sie mit Stöcken und Schirmen gestoßen worden sind (lebhaftes Hört, hört!), daß sie hin- und hergestoßen wurden, kurz, daß man auf jede Weise verhindert hat, daß die Wähler unbeeinträchtigt nach ihrer eigenen Wahl sich die Zettel verschaffen konnten.

Der Umstand, daß am Montag und Dienstag statt drei Listen fünf da waren, reichte nicht aus zur Erklärung der Thatsache, daß die an den beiden letzten Tagen erschienenen Wählermassen durchaus disziplinirt waren und sich gefittet benahmen — freilich gefittet zum Theil nur unter den recht deutlichen Fingerzeigen ihrer dort als Ordner anwesenden Genossen, die ungeheubigen Elementen mit wenig liebsamem Blick und deutlichen sprachlichen und sonstigen Zeichen die schleunige Entfernung aus dem Lokal anempfahlen. (Heiterkeit.) Am Sonntag war Niemand da, der nach dieser Richtung hin gewirkt hätte, und doch wäre das auch am Sonntag bei einigem guten Willen möglich gewesen. Nicht anerkennen könne er, daß nur mit Hilfe der Parteiführer die Ordnung aufrecht erhalten werden kann. Von jedem einzelnen Bürger muß verlangt werden, daß er sich bei Ausübung seiner öffentlichen Rechte gefittet und manierlich benimmt. (Sehr richtig!) Gewiß erzeugt der Wahlkampf Leidenschaft, aber so weit müssen die Menschen disziplinirt sein, daß sie sich nicht benehmen wie die wilden Thiere, vor Allem nicht anderen die Ausübung des freien Wahlrechts unmöglich machen. (Sehr richtig!) Die Erklärung des Stadtverordneten Braun, daß er und seine Freunde in dieser Richtung mitwirken wollen, ist sehr dankenswerth. Ich möchte nur bitten, daß davon Rückhaltlos und zu jeder Zeit Gebrauch gemacht wird. (Lebhafter anhaltender Beifall.)

Stadtv. Müller erklärt, er sei im Gegensatz zu Haase am Sonntag zweimal an der Wahlstätte gewesen, nicht in Folge seiner politischen Parteilichkeit, sondern aus Interesse an der Sache, zumal er es gewesen sei, der seinerzeit in der Stadtverordnetenversammlung anregte, am Sonntag zu wählen. Anfänglich habe er keine Erregung bemerkt, später aber ertönten die Rufe: „Streifbrecher!“ und „Christliches Gefindel!“ Ganz besonders sei der Oberpostkammerer Stolz (Vorkammitglied des evangelischen Arbeitervereins) belästigt worden. Es ertönten die Rufe: „Was will der Kerl hier? Er soll zur Post!“ hauptsächlich an diesen Rufem beteiligter war ein Mann, den er — Stadtv. Müller — am Montag auch als Ordner gesehen habe, ein Mann mit hellem Ueberzieher, Brille und Franzosenbüchsen. Es sei

von Forderungen betreffs Verbesserung verschiedener Betriebsrichtungen. — Unter den Metallarbeitern der Westfirma Krupp in Essen gährt es ebenfalls. Weil sehr viel eilige Arbeit vorhanden ist, mußten in letzter Zeit zahlreiche Ueberstunden gemacht werden, wozu auch noch die Sonntagsarbeit kam. Von dieser Ueberarbeit als ein Arbeiter gegen das Ueberstundenwesen bei der Direktion Beschwerde erhob, wurde er entlassen. Eine größere Fabrikonferenz übermittelte der Direktion ein Schreiben, wonach jede Sonntagsarbeit verweigert wird, die Ueberstunden eingeschränkt und der gemäßigtere Arbeiter wieder eingestellt werden soll. — Einen schönen Erfolg hatte die Lohnbewegung der Kesselschmiede auf zwei Stettiner Werften, die von unserem Gewerbeverein der Maschinenbauer geführt wurde. Auf den „Oderwerken“ erhielten die Arbeiter eine Lohnserhöhung von 2 Pfennig pro Stunde, desgleichen eine außerordentliche Erhöhung. Für Montage nach 30 pSt. Entschädigung pro Tag und 30 pSt. Lohnzuschlag gewährt; die Werkzeugschmiede erhalten eine Lohnaufbesserung von 30 pSt., auch werden Ueberstunden mit 25 pSt. Aufschlag berechnet. Auf der Werft von Müste & Comp. kam ein Tarif zur Durchführung, der bis zum 1. Oktober 1906 Gültigkeit hat. Von den Vergünstigungen seien erwähnt, daß neue Schiffsarbeiten einem Kolonnenführer übergeben werden, mit denen dann die Arbeiter die Löhne vereinbaren können. Für Montagearbeiten werden 3 Mk. Postgeld sowie 15 pSt. Lohnzuschlag gewährt, auch werden Ueberstunden mit 15 pSt. Aufschlag entschädigt. Für Arbeiten außerhalb des Betriebes wird die Laufzeit als Arbeitszeit berechnet und bezahlt. — Ernste Differenzen bestehen im Berliner Verkehrsgewerbe. Die Straßenbahner sowohl als auch die Droschkentreiber sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Sollten es die beteiligten Parteien nicht verstehen, friedliche Mittel zur Beilegung der strittigen Forderungen zu suchen, dann sind weittragende Ereignisse in nächster Zeit zu erwarten.

**Der „Vorwärts“** heft die **Gewerkschafter gegen die General-Kommission** auf. Das Korrespondenzblatt der General-Kommission der Gewerkschaften hatte einen scharfen Artikel gebracht über das Verhalten des Parteivorstandes gegen die gemäßigteren Redakteure des „Vorwärts“, weil jenes Verhalten mit den gewerkschaftlichen Grundanschauungen organisierter Arbeiter nicht zu vereinbaren sei. Nachdem der „Vorwärts“ mitgeteilt hat, daß das Kieler Gewerkschaftskomitee Stellung nehmen werde gegen das Korrespondenzblatt der Gewerkschaften, erklärt er:

Wir können dies Vorgehen, das sicherlich Nachahmung finden wird, nur den Inspirationen der Sechsischen Angelegenheit so einseitig und verwirrend in den Gewerkschaften hineingetragen hat, haben unsere Parteigenossen in den Gewerkschaften keinen Grund, diese hineingeworfene Steinhaut nicht möglichst kräftig aufzunehmen. Sie werden dort zweifellos ebenso gut und wirksam ihren Mann stehen wie in den eigentlichen Partei-Organisationen.

Wenn die Soz. die Streikart möglichst kräftig aufnehmen, dann kann die Sache gut werden.

Die Leipziger sozialdemokratische Volkszeitung ringt jammernd die Hände über die **Emancipationsbestrebungen der Gewerkschaften**. Mit einem Abrücken der Gewerkschaften von der Partei würden jene und nicht die Partei geschädigt. Die Gewerkschaften hätten ihr Aufblühen und Gedeihen nur der Sozialdemokratie zu verdanken. Im Falle einer Trennung der Gewerkschaften von der Sozialdemokratie würde sich das moderne Kapital mit zerschmetternder Wucht auf die Gewerkschaften werfen und sie dadurch wieder in die Arme der sozialdemokratischen Partei treiben.

Das moderne Kapital besorgt das schon heute, daran würde also nichts geändert. Die Trennung der Gewerkschaften von der Partei würde aber ein Zusammengehen aller Organisationen ermöglichen und dann wäre die Arbeiterschaft stark und erfolgreich, Bepflanzung zur Ohnmacht verurteilt. Außerdem würde das gesammelte Bürgerthum sich anders stellen zu einer unabhängigen Arbeiterbewegung, wie das so recht durch die Sympathie für die einmüthig kämpfenden Bergarbeiter zum Ausdruck kam, als es sich stellen kann gegenüber einer sozialdemokratisch beeinflussten Arbeiterschaft, die nach Bebel auf den Zusammenbruch der bürgerlichen Staats- und Wirtschaftsordnung hinarbeitet.

Gegen den **politischen Massenstreik** wendete sich in einer Versammlung zu Hamburg der sozialdemokratische Abgeordnete Frohne. Die Massenstreikfrage sei in ihrem Kern unnütz und nur geeignet, „fruchtlos die Leidenschaften zu entfesseln“. Die Sozialdemokratie habe noch nicht die Macht, einen Massenstreik zu führen. Die drei Millionen Stimmen seien keinesfalls alle als die Stimmen überzeugter Sozialdemokraten zu bewerten. Es ständen noch rund neun Millionen Proletarier außerhalb der Partei. Der Massenstreik werde mithin ins Wasser fallen und nur zur Befestigung des Militär- und Polizeistaats dienen. Frohne warnte zum Schluß vor dem Wahre, daß es gelingen könnte, mit einem Massenstreik den Sieg über die herrschenden Gewalten davonzutragen. Die Ver-

sammlung war mit diesen vernünftigen Ausführungen nicht recht einverstanden, weil sie gar zu schlecht zu dem Beschluß des Parteitages paßten. Es soll daher nochmals eine Versammlung abgehalten werden, in welcher ein Anhänger des Massenstreiks referiren soll.

Die **„Kaufmännische Rundschau“**, das Organ des Vereins der Deutschen Kaufleute, theilt in seiner letzten Nummer mit, daß in Kreuzburg (O-S.) 26 Firmen der Kolonialwaarenbranche ihrer Rundschau mitgeteilt haben, daß sie in den Wintermonaten ihre Verkaufsräume um 8 Uhr schließen, „weil sich ergeben hat, daß der Geschäftsverkehr nach 8 Uhr noch nicht den Beleuchtungsstunden entspricht. Ausgeschlossen sind die Sonnabende und die Tage vom 10.—23. Dezember“. Ein besseres Agitationsmittel für den 8 Uhrschluß als diese Bekanntmachung konnten sich die Handlungsgehilfen wahrhaftig nicht wünschen. Dasselbe muß umso wirksamer sein, als es gerade von der Kolonialwaarenbranche geliefert wird, in der man sich am allermeisten gegen die Einführung des 8 Uhr-Ladenschlusses sträubt. Auch für die Arbeiter, die den Handlungsgehilfen in ihrem berechtigten Kampfe um die Verkürzung der Arbeitszeit zur Seite stehen, wird jener Vorgang ein neuer Ansporn sein. Sie werden auch weiterhin dafür Sorge tragen, daß ihre Angehörigen nach 8 Uhr keine Einkäufe mehr machen.

Wie segensreich der Verein der Deutschen Kaufleute für seine Mitglieder sorgt, das zeigt die Entwicklung seiner Stellenvermittlung. In den ersten neun Monaten dieses Jahres sind schon mehr Stellen vermittelt worden als im ganzen Jahre 1904, nämlich 657 gegen 623. Die Mitglieder könnten aber noch mehr dafür sorgen, daß Stellenvermittlungsgesellschaften Berlin, Dresdenstr. 80, oder für Süddeutschland in Nürnberg, Färberstr. 46, angemeldet werden. Bemerkenswerth sei auch, daß in Nürnberg fortwährend über Mangel von Stellungsverwebern geklagt wird. Unter solchen Verhältnissen sollte sich kein Handlungsgehilfe mehr dazu verstehen, irgend einem Vermittler, und möge er auch von Prinzipal empfohlen sein, seine Zeugnisse auszuliefern und noch 10 Mk. Provision und darüber zu zahlen.

**Der Centralverband deutscher Industrieller** versickte an seine sämtlichen Mitglieder von Berlin aus das folgende Rundschreiben:

An sämtliche Mitglieder des C. V. d. I.!

Aus den Kreisen unserer Mitglieder werden wir darauf aufmerksam gemacht, daß in letzter Zeit mehrfach in Lieferungsverträgen, namentlich auch in den von Behörden abgeschlossenen Verträgen folgende Klausel sich befindet:

„Den in meinen Betrieben angestellten Arbeitern ist ein Lohnzuschlag gewährt, der es ihnen ermöglicht, einen Tagesverdienst zu erzielen, der nicht hinter dem ortsüblichen Durchschnittslohn für die in Betracht kommende Arbeitsart zurückbleibt. Ich erkenne ausdrücklich an, daß die Abgabe dieser Erklärung die Voraussetzung für meine Zulassung zum Verdingungs-

termin bezw. zur Lieferung bildet.“

Wir ersuchen ergebenst um gefällige Auskunft, ob auch Ihnen diese Klausel in Verträgen auferlegt worden ist und wie Sie sich zu dieser Klausel stellen.

Wir gestatten uns dabei darauf aufmerksam zu machen, daß bei der Beurtheilung der Zulässigkeit dieser Klausel vielleicht eine Verschiedenartigkeit des Urtheils sich ergeben wird, je nachdem es sich darum handelt, ob diese Klausel in Verdingungsbedingungen von Submissionen und Licitationen, wo sie einen gewissen Schutz gegen gewisse Konkurrenten sein kann, die ein billiges Angebot auf Grund eines Lohnbruders stellen, oder ob sich diese Klausel in Verträgen findet, die ohne öffentliche Ausschreibung unter angesehenen und soliden Firmen abgeschlossen werden. Wir gestatten uns endlich auch darauf hinzuweisen, daß die Einführung dieser Klausel eine alte gewerkschaftliche Forderung bildet.

**Hochachtungsvoll und ganz ergebenst**

Das Direktorium des C. V. d. I.

Wir machen Herrn Bued darauf aufmerksam, daß diese Klausel nicht nur eine alte „gewerkschaftliche“ Forderung bildet, denn auch die Gewerkevereine haben sie wiederholt und wohl noch früher vertreten. Auch hat die Fraktion der freisinnigen Volkspartei diese Klausel für die vom Staat zu vergebenden Arbeiten im Preussischen Abgeordneten-hause beantragt. Dies sollte doch auch dem parlamentarisch bewanderten Herrn Bued nicht unbekannt geblieben sein. Wirklich angesehene und solide Firmen brauchen sich am allerwenigsten an diese Submissionsbestimmung stoßen, weil sie davon garnicht getroffen werden. Zu ihrem Schutze wie zum Schutze der Arbeiter sollen ausschließlich getroffen werden diejenigen Firmen, die auf Grund geringer Löhne die anständigen Konkurrenten bei den Submissionen verdrängen.

**Der Verbandskongress deutscher Arbeitssachverständiger** fand am 9. und 10. d. M. in Wiesbaden statt. Eröffnet und geleitet wurde derselbe durch den um die Arbeitssachverständigen hochverdienten Magistratsrath Dr. Richard Freund-Berlin. Neben einer stattlichen Zahl Vertreter von städtischen Behörden und Berufsvereinen waren auch Beauftragte des preussischen Handelsministeriums, des österreicherischen Ministeriums anwesend. Verhandelt wurde über die folgenden Gegenstände: Arbeitssachverständigenverbände und interlokale Arbeitsvermittlung; die Klame im Dienste der allge-

auch nicht richtig, daß sich die Vorgänge im größten Gedränge abspielten. Die Zerkürungen fielen vielmehr in kleinen Gruppen von höchstens fünf bis sechs Personen. Von durchaus einwandfreien Zeugen, dem Schneidermeister Hermerau und dem Zimmerpolter Hornig, hat der Redner dann weiter gehört, daß ein Zetteldrucker mit dem Schirm einen Stoß an das Schild bekommen habe, das er trug. Um 1/2 Uhr sei er — Redner — dann ein zweites Mal nach der Drummstraße gekommen und habe nun von den drei Zetteldruckern nur noch einen vorgefunden, der von 20 oder 30 Personen umringt und hart gedrängt gewesen sei. Hätte er sich nicht mit dem Rücken gegen die Mauer gestellt, so wäre es ihm zweifellos schlimm gegangen. (Hört, hört!) Dem Mann mußte sogar ein Schutzmann zur Seite gestellt werden. Auf meine Frage, wo denn die beiden anderen Zetteldrucker geblieben seien, wurde mir gesagt, daß diesen die Zettel aus der Hand gerissen worden seien. Die Herren, die mir das erzählt haben, sind ausdrücklich bereit, dies zu bestätigen. Später hat man auch versucht, dem Zimmerpolter Hornig die Zettel, die er in der Tasche trug, zu entreißen. Das habe ich selbst gesehen! (Hört, hört!) Leider hat es der Zimmerpolter verstanden, die Personlichkeit seines Angreifers feststellen zu lassen und nur mit einem allerdings verheerenden Schlag auf den Arm des Anderen geantwortet. Das, was am Sonntag geschehen ist, geht über das Verzeihliche und begreifliche Maß der Erregung weit hinaus. Besonders bedauerlich finde ich, daß solche Vorgänge sich abspielen bei der Wahl von Richtern, die berufen sind, Recht zu sprechen. (Beifalles: Sehr richtig!) Daß es am Montag und Dienstag ruhig zugeht, hat wohl tiefere Ursachen: Man wird eben eingesehen haben, daß es so nicht weiter ging. (Zustimmung.) Meines Erachtens geht es nicht an, für die bedauerlichen Vorgänge am Sonntag den Magistrat verantwortlich zu machen. So sehr ich in der Beurteilung der ungenügenden Maßregeln des Magistrats mit Herrn Braun übereingestimmt habe, so sehr weiche ich in der Beurteilung der Vorgänge von seinem Standpunkt ab. (Beifalles, anhaltender Beifall.)

Das Resultat der Wahl entsprach auch dann den Vorgängen. Von 25 000 eingetragenen Wählern wurden 6403 Stimmen abgegeben; 5640 erhielten die freien Gewerkschaften und 763 Stimmen entfielen auf die Kompromißliste. Demnach kamen auf die ersteren 19, auf die Liste der nichtsozialdemokratischen Arbeiter 2 Beisitzer, darunter ein Gewerksvereiner.

Gegen die Gewerkschaftswahl ist von beiden Seiten der Arbeitnehmer Protest eingelegt worden. Der Ekel über die Wahlvorgänge scheint auch in den anständigen Kreisen der freien Gewerkschaften Platz zu greifen, wenigstens für den Augenblick. Die sozialdemokratische Presse wird durch ihre vergiftende Kampfesweise dafür sorgen, daß auch in Zukunft derartige, das Ansehen der Arbeiterbewegung schwer beeinträchtigende Vorgänge nicht erpart bleiben. Nicht nur der Klassenhaß, sondern der Parteihass gegen andersdenkende Arbeiter ist die Triebfeder und wird sie bleiben, bis endlich die Arbeiter Deutschlands die Notwendigkeit von politisch neutralen Gewerksvereinsorganisationen erkannt und dieselben stark gemacht haben.

## Wochenschau.

Berlin, 20. November 1906.

In dieser Woche geht allen Ortsvereinen die dritte Probenummer des „Korrespondenzblattes“ zu. Die heutige Post brachte uns eine ganze Anzahl lebhafter Zustimmungen, wofür wir herzlich danken. In dem ebenfalls heute hier eingegangenen „Korrespondenzblatt“ für die Deutschen Textilarbeiter u. v. B. (H. D.)“ wird Folgendes erklärt:

Recht angenehm wurden wir überrascht, als uns die Post das neuerschienene „Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine“, welches vom 1. Januar 1906 ab den „Gewerksvereinen“ ersuchen soll, überbrachte. Wenn später das Blatt hält, was die Probenummer verspricht, dann ist das geschaffen, was uns längst gefehlt, eine Zeitschrift, die flott, kurz gedrängt und volksthümlich gehalten, Aufklärung den Kollegen und Kolleginnen im Lande draußen über unsere einzelnen Berufsgewerksvereine, sowie die ganze Arbeiterbewegung bringt. Nicht zu unterschätzen ist besonders für die an der großen und kleinen Agitation beteiligten Kollegen der Abschnitt: „Aus dem Lager der Gegner“. Alles in Allem ersuchen wir unsere Mitglieder, stoft zu abonnieren. Unter 4 Exemplare darf kein Ortsverein bestellen, davon können 2 auf die Bildungskasse und 2 auf die Volkskasse verrechnet werden.

Auch von dieser freundigen Zustimmung nehmen wir gern Notiz, müssen aber den Irrtum berichtigen, daß der „Gewerksverein“ sein Erscheinen einstellen werde. Davon kann selbstverständlich keine Rede sein. Darüber könnte erst später einmal und dann nur durch den Verbandstag entschieden werden, wenn bis dahin unser Wunsch in Erfüllung gegangen ist, daß das „Korrespondenzblatt“ mit einer ausreichend großen Auflage sich so entwickelt haben wird, daß es nicht nur ein rasch informierendes Nachrichtenblatt des Verbandes geworden ist, sondern auch in allen Stücken den „Gewerksvereinen“ zu ersuchen vermag.

Wir bitten wiederholt alle Ortsvereinsauschüsse, für das „Korrespondenzblatt“ eine lebhaftige Agitation zu entfalten. Bei den Bestellungen muß der Betrag sofort mit eingekandt werden.

**Arbeiterbewegung.** Im Auslande der Weber und Färberarbeiter im sächsisch-thüringischen Industriegebiet ist eine Wendung nicht eingetreten. Auch werden von keiner Seite Schritte unternommen, den Kampf zu einem Ende zu führen. Am heutigen Montag sollen die Fabrikthore wieder verfußweise einen Tag offen gehalten werden. Jedenfalls drückt die Fabrikanten die übernommene Verpflichtung, die 3725 Arbeiter und Arbeiterinnen, die sich als Arbeitswillige meldeten, aber den Betrieb nicht aufrecht erhalten konnten, zu unterstützen. — Die Bergarbeiter sind in verschiedenen Gegenden in Bewegung. In Oberschlesien kam es auf einigen Gruben in der Gegend von Kattowitz zu kurzen Ausständen. Der Erfolg einer Lohnbewegung ist in dieser Gegend stets fraglich. Die Organisationsverhältnisse sind höchst mangelhaft, auch findet man in dieser Gegend Arbeiter aus den Nachbarländern, meistens aus Rußland, die in Folge der verschiedenen Sprachverhältnisse jeder Kulturarbeit abhold sind. Die Streiks wurden daher gleich wieder beendet, nachdem die Grubenverwaltungen einige Zugeständnisse gemacht hatten. Unser Verbandssekretär Emil Klavon-Berlin und unser Haupt-schriftführer Schmidt-Oberhausen vom Gewerksverein der Bergarbeiter haben mit Unterstützung von Giese-Kattowitz sehr viel zum friedlichen Ausgleich beigetragen. — Im Ruhrgebiet fand eine von der Siebenerkommission einberufene Reviertkonferenz der Bergarbeiter statt. Auf derselben wurde die Eingabe an das Oberbergamt gut geheßen. In der Eingabe wird ersucht, der von den Rechen eingereichten Arbeitsordnung die Genehmigung zu verjagen. In einer zweiten Beschlußfassung wurde die Aufhebung der Freizügigkeit der Bergleute scharf verurteilt. In Sachen der Arbeiterauschüsse machte der Referent darauf aufmerksam, daß die Frage der Nichtbeteiligung der organisierten Bergarbeiter an den Auswahlwahlen hinsichtlich geworden sei, nachdem sich ergeben habe, daß nur auf 28 Rechen mit 36 000 Mann Belegschaft das Wahlrecht den Streikenden nicht zugebilligt worden sei. Um in der Beurteilung dieser Frage eine Zersplitterung zu vermeiden, wurde von einer Abstimmung vorläufig Abstand genommen. Wenn die Antwort des Oberbergamts nicht befriedigend ausfällt, oder eine Antwort binnen 4 Wochen nicht erfolgt, soll eine neue Reviertkonferenz einberufen werden. Die Bergleute sollen aufgefordert werden, vorläufig keine Arbeitsordnung zu unterschreiben. Am Schluß der Verhandlungen konstatiert der Leiter derselben, daß gegenüber den Sensationsmeldungen den Bergarbeiterorganisationen aller Richtungen nichts fernere liege, als die Leute in einen Streik hineinzuziehen. Allerdings sei es schwer, die erhitzten Gemüter zu beruhigen. — Die Weißgerber und Ledersärber in Berlin befinden sich noch immer im Kampfe, auch ist noch nicht zu erwarten, daß derselbe abgebrochen wird. Die Fabrikanten erklärten sich den Vertretern der Arbeiter gegenüber bereit, eine Lohnerhöhung von 3 pSt. sofort eintreten zu lassen. Nach zwei Jahren soll eine weitere Lohnzulage von 5 pSt. gewährt, und außerdem die Arbeitszeit um 1 Stunde verfürzt werden. Sollten die Arbeiter jedoch auf eine Arbeitszeitverfürzung verzichten, dann tritt eine 5 prozentige Lohnaufbesserung sofort ein und wird nach 2 Jahren ein weiteres Prozent dem Verdienst zugelegt. Diesem Entgegenkommen zigten sich die Arbeiter abgeneigt und beschloßen, im Kampfe zu verharren. — In Erlangen, einem Hauptstze der deutschen Handschuhindustrie, traten die Handschuhmacher in eine Lohnbewegung ein. Noch vor Ablauf der Kündigungsfrist kam jedoch eine Einigung zu Stande, die einen Streik somit überflüssig machte. Die Gehilfen erhielten eine Lohnzulage von 2 Pfg. pro Paar. Der abgeschlossene Tarif hat eine Gültigkeit von 4 Jahren. — Der in voriger Nummer angeführte Streik der Fabrikarbeiter in Leipzig-Stötteritz ist nach stätiger Dauer mit einem Erfolge für die Arbeiter beendet worden. Die Ueberholer und Handwickler erhalten für Herrenartikel pro Paar eine Zulage von 1 Pfg. für Damenartikel 2 Pfg., Maschinenarbeiter, Anflopper und Anfloher werden mit einem Wochenlohn von 24 Mk. eingestellt. Einen weiteren Erfolg sieht die Arbeiterchaft in der Errichtung eines Arbeiterauschusses, dessen Fehlen sich bei der beendeten Lohnbewegung fühlbar machte. — Eine erfolgreiche Lohnbewegung führten die Gasenarbeiter in Königsherg (Distrikt) durch. Die geforderten Aufbesserungen wurden seitens der Röhder- und der Stauermeister zum größten Teil bewilligt und endigte mit dem Abschluß eines Tarifs für 2 Jahre. Für die Arbeiten, welche von Morgens 6 Uhr bis Abends 6 Uhr verrichtet werden, wird ein Lohn von 50 Pfg., von 6 bis 9 Uhr Abends 60 Pfg. und von 9 Uhr Abends bis 6 Uhr Morgens 80 Pfg. pro Stunde bezahlt; desgleichen wird die Arbeit an Sonn- und Feiertagen mit einem Stundenlohn von 80 Pfg. entschädigt. Wenn die Arbeiter zur Erreichung ihrer Arbeitsstelle sich des Dampfes oder der Straßenbahn bedienen müssen, soll ihnen auch die Hin- und Rückfahrt vergütet werden. — In Düsseldorf, wo vor noch nicht langer Zeit die Holzarbeiter einen mehr als dreimonatlichen Kampf erfolglos beendeten, haben jetzt die Bauarbeiter (Maurer, Cementarbeiter und Handlanger) eines größeren Unternehmens die Arbeit niedergelegt. Ursache dieser Bewegung war, daß die Arbeitgeber sich weigerte, des Sonnabends eine Stunde früher als an den anderen Wochentagen bei Bezahlung der hierdurch ausfallenden Arbeitsstunde Feiertag machen zu lassen. Im Ganzen konnten etwa 700 Personen in Betracht. — Im Metallarbeiterstreik ist in den Phänomenen-Fahradwerten zu Zittau ausgebrochen und haben 465 Arbeiter die Arbeitsstätte verlassen. Ursache des Ausstandes war die Ablehnung

trauensleute der Ortsvereine und im Bureau, Rosarstr. 54, gegen 10 Pfg. das Stück verkauft werden, sollen in erster Linie an die Mitglieder der Deutschen Gewerksvereine und an Arbeiterfamilien überhaupt abgegeben werden.

**§ Reden.** Am Sonntag, 5. November, hatte der D. B. der Maler und Graphischen Berufe zu Aschbach in Hessen im Gasthaus zum Jäger eine öffentliche Gewerkeversammlung einberufen. Dieselbe erfreute sich eines sehr guten Besuchs. Der Vorsitzende, Herr S. Schenk, eröffnete dieselbe Mittags 3 Uhr, dankte für das zahlreiche Erscheinen und erteilte dem Referenten vom Ausbreitungsverband in Mannheim das Wort zu seinem Vortrag über: „Arbeitgeberthum und Tarifverträge“. In einem 1 1/2 stündigen Vortrage erlebte derselbe in gewandter Redeweise die Licht- und Schattenseiten des gegenwärtigen Arbeitgeberthums in der Behandlungsweise gegenüber den Arbeitern, wies darauf hin, daß die seit Jahrzehnten gestellte Forderung der Deutschen Gewerksvereine, Tarifverträge zur allgemeinen wirtschaftlichen Einrichtung zu machen, das beste Mittel sei, zur Beseitigung der Lohnkämpfe und zur Förderung des sozialen Friedens. Der heutige Arbeiterkampf müßte es fruchtbar bereiten, vorteilhafte wirtschaftliche Zustände, die dem heutigen Zeitgeist nicht mehr entsprechen, aus der Welt zu schaffen. Das dem aber nicht so sei, bewies die Teilnahmlosigkeit der Arbeiter an der Mitarbeit zur wirtschaftlichen Beseitigung. Redner wies darauf hin, daß die Deutschen Gewerksvereine die richtige Arbeiterberufsorganisation seien, in welchen die Arbeiter am besten und sichersten zur Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse kommen könnten und forderte auf zum Eintritt in dieselben. Allgemeiner Beifall wurde demselben zu Theil. Nachdem der Vorsitzende nochmals zum Beitritt aufgefordert und der Versammlung und dem Redner höchlich gedankt hatte, wurde nach einigen Reuanfragen die Versammlung geschlossen.

**§ Holzweiss.** Um auch den Kollegen aus Rosten und Obergruna Gelegenheit zu geben, sich reger an unseren Bestrebungen zu betheiligen, wurde die letzte Ortsverbandversammlung im „Führer Hof“ in Rosten abgehalten. Den ersten Punkt der Tagesordnung bildete die Thätigkeit des Ausbreitungsverbandes, dessen Vorstand lebhafteste Anerkennung gezollt wurde. Auch die Zeitungsfrage wurde erörtert und beschloffen, auf mehrere Exemplare zu abonniren. Zu einer sehr regen Debatte führte die Fleischnot, deren Gefahren eingehend geschildert wurden. Die Versammlung nahm schließlich eine Resolution an, welche die Haltung der Reiterung den Karariern gegenüber auf das Schärfste verurtheilte und die Erleichterung des Vieh- und Fleischumsatzes forderte. Hierauf wurde die Sitzung nach dreiwähriger Dauer vom Vorsitzenden S. a. m. b. s. geschlossen.

**§ Scheibenberg.** In der hiesigen Metallwaarenfabrik von Mor Böhme ist es zu einer Aussperrung der Arbeiter gekommen. Die eigentliche Veranlassung dazu gab der letzte Unfall, welchen der Arbeiter... erlitt, und welcher nach Aussagen von Mitarbeitern und Sachmännern hätte vermieden werden können, wenn die erforderlichen Reparaturen an den betreffenden Maschinen vorgenommen worden wären. Da nun trotz des Unfalls nichts Durchgreifendes geschah, um die Sicherheit der Maschinen zu garantiren, der einzelne Arbeiter aber, der sich gewelgert hätte, daran zu arbeiten, sofort entlassen worden wäre, sahen sich die Arbeiter der betreffenden Werkstelle gezwungen, eine Werkstättenversammlung abzuhalten und die Angelegenheit der übrigen Arbeiterschaft vorzulegen.

Die Werkstättenversammlung, welche sehr gut besucht war, beschloß nach einem Referat des herbeigerufenen Kollegen Herberger-Halle einstimmig, den in der Arbeitsordnung vorgeschriebenen Arbeiterauschuss zu wählen, welcher dann die in der Diskussion vorgebrachten Wünsche dem Chef unterbreiten sollte. Da der Chef, Herr Böhme, nicht persönlich zum Unterhandeln bereit gewesen ist, kam der neugewählte Arbeiterauschuss zu dem Resultat, die Sache durch einen Einschreibebrief zu erledigen, was auch in der höchsten Form geschah. In dem Schreiben wurde weiter nicht gefordert als die Anerkennung des Arbeiterauschusses unter Hinweis auf den betreffenden Paragraphen in der Arbeitsordnung. Die Folge dieses Vorgehens war nachstehende Bekanntmachung an der schwarzen Tafel:

„Um unter der Depression der heutigen Geschäftslage nicht alle Arbeiter leiden zu lassen, sehe ich mich genöthigt, eine größere Anzahl meiner Arbeiter zu entlassen.“

Diese Entlassung erstreckte sich nun nicht auf die jugendlichen oder erst neu angekommenen Arbeiter, sondern es kam zunächst ein Ausschussmitglied und ein ebenfalls immer in der Bewegung thätiger Kollege an die Reihe, und so sollte es nun fortgehen: Ein rodegewandter Kollege nach dem andern sollte aus dem Betriebe herausbugigert werden. Es war eine Liste aufgestellt, in welcher Reihenfolge die Entlassung stattfinden sollte. Dies wurde durchsicht und sofort wieder eine Werkstättenversammlung einberufen, in welcher einstimmig beschloffen wurde, am andern Tage die Arbeit nicht wieder aufzunehmen, wenn nicht Herr Böhme die Entlassung der beiden Kollegen zurücknimmt. Was aber geschah nun am andern Tag? Der Meister Günther verständete, nachdem die Arbeiterschaft über eine Stunde gewartet hatte, daß der Chef krank sei, und wer nicht an seine Arbeit gehe, könne aufhören. Das bedeutete eine Abweisung jeder Verhandlungen und die Aussperrung war vollzogen. Nun blieb nichts übrig, als an das Solidaritätsgefühl der Kollegen zu appelliren, was sich in glänzender Weise bewährte. Einmüthig verließen sämmtliche 42 organisirte Arbeiter die Fabrik, in der sie jahrelang für den Unternehmer geschaff haben, um nun bei einem geringfügigen, aber durchaus berechtigten Wünsche hinausgeworfen zu werden.

Die Kollegen haben sich verpflichtet, fest zusammenzuhaltten und insbesondere durch besonnenes Handeln sich die Sympathie der Bevölkerung zu erhalten. Der Herr Bürgermeister Regler hat sich bereit erklärt, auf Ansuchen von einer Seite, Unterhandlungen anzunehmen. Von diesem Anerbieten wurde in einer Beipredung Kenntnis genommen, vorläufig aber davon Abstand genommen. Sämmtliche arbeitserfreundliche Blätter werden um Weiterverbreitung dieser Mitteilung gebeten.

**§ Stettin.** Arbeits- und Lebensverhältnisse in Norddeutschland. Seitens des Vorstandes des Norddeutschen Ausbreitungsverbandes beantragt, fortwährend unter obiger Ueberschrift die eingegangenen Berichte der Deffentlichkeit zu übergeben und einer kurzen Kritik zu unterziehen, bringe ich heute den ersten Bericht, in der Erwartung, daß bald mehrere folgen werden.

Die Lohnverhältnisse sind nach den Berichten aus Thorn sehr ungünstig. In den Eisenfabriken z. B. 12 Mk. pro Woche; für

ungelehrte Arbeiter 18 bis 21 Pfg., vereinzelt 25 Pfg. die Stunde, Ueberstunden kein Zuschlag hohe Ordnungsstrafen, sogar bis 3 Mk., sind an der Tagesordnung. In Demmin beträgt der Lohn 2 - 2.50 Mk., höchstens 3 Mk. täglich, hier finden aber Kürzungen je nach der Dauer der Arbeitszeit statt. Jetzt im Winter, wo die Tage kurz sind, sind auch die ohnehin sehr niedrigen Löhne noch gesenkt.

Wenn wir nun einen Vergleich dieser Löhne mit den Lebensverhältnissen ziehen, so finden wir, daß es kein beneidenswertes Loos ist, das Dasein dieser Arbeiter. Für die Lebensmittelpreise werden in Thorn für ein Pfund Schweinefleisch 1 Mk., Rindfleisch 80 Pfg., Kalbfleisch 80 Pfg., für einen Zentner Kartoffeln 1.10 - 2.00 Mk., ein Schock Eier 4.20 Mk., Gänse das Stück 3 - 5.50 Mk., Butter das Kilo 1.80 - 2.60 Mk., ein Pfund Weizenmehl 15 Pfg., ein Pfund Roggenmehl 12 Pfg. gezahlt und selbst das Stroh, welches der Arbeiter zum Ausruhen seiner müden Stießer an Stelle der Matratzen braucht, kostet das Bund 60 Pfg. (ein Strohsack wird davon nicht gekorvt, zwei Bund braucht man dazu). In Demmin kostet ein Pfund Fleisch 90 Pfg. und ein Pfund Schmalz 1 Mk.

Ueber die Wohnungsverhältnisse wird aus Thorn geflagt, daß die Wohnungen in der Stadt sehr knapp sind, die Arbeiter müssen ins Dorf ziehen, ein ganzes Stück von ihrer Arbeitsstätte entfernt. Wo in der Stadt Wohnungen vorhanden sind, da sind diese dunstig, ohne Luftzug, schmale Treppen, oder auf dem Hof bei den Pferdeställen, so eine Wohnung kostet für Stube, Kammer und Küche 150 Mk. und selbst das Stroh, welches der Arbeiter zum Ausruhen seiner müden Stießer an Stelle der Matratzen braucht, kostet das Bund 60 Pfg. (ein Strohsack wird davon nicht gekorvt, zwei Bund braucht man dazu). In Demmin kostet ein Pfund Fleisch 90 Pfg. und ein Pfund Schmalz 1 Mk.

Ueber die Wohnungsverhältnisse wird aus Thorn geflagt, daß die Wohnungen in der Stadt sehr knapp sind, die Arbeiter müssen ins Dorf ziehen, ein ganzes Stück von ihrer Arbeitsstätte entfernt. Wo in der Stadt Wohnungen vorhanden sind, da sind diese dunstig, ohne Luftzug, schmale Treppen, oder auf dem Hof bei den Pferdeställen, so eine Wohnung kostet für Stube, Kammer und Küche 150 Mk. und selbst das Stroh, welches der Arbeiter zum Ausruhen seiner müden Stießer an Stelle der Matratzen braucht, kostet das Bund 60 Pfg. (ein Strohsack wird davon nicht gekorvt, zwei Bund braucht man dazu). In Demmin kostet ein Pfund Fleisch 90 Pfg. und ein Pfund Schmalz 1 Mk.

In Demmin liegen die Verhältnisse etwas günstiger, 90 - 115 Mk. Miethe das Jahr für Stube, Kammer und Küche. Wenn man aber den fargen Verdienst bedenkt, dann ist das immer noch zuviel Geld für einen armen Arbeiter, der im Winter, wenn die Kampagne der Zuderfabrik zu Ende ist, mit seinem Verdienst auch zu Ende ist; wehe dann der Familie, die aus 6 - 7 oder mehr Köpfen besteht, die Frau womöglich kränklich; denn daß die Frau mitarbeiten muß, um nur einigermaßen den allernothwendigsten Lebensunterhalt für die Familie decken zu können, ist hier eine Selbstverständlichkeit. Es würde der Arbeiter sich wundern, wenn man ihn sagte, die Frau gehöre nicht auf den Arbeitsplatz, sondern ins Haus bei den Kindern.

Betrachten wir nun die Organisationsfrage. 250 Arbeiter, davon höchstens 40 organisiert, so lauten im gleichen Verhältnis die Verichte aus den Fabriken und Werkstätten. Gerecht das zur Ehre der Arbeiterschaft? Arbeiter! jammert Euch nicht Eure Familie, Eure Kinder? Traurig für diejenigen, die nicht daran denken, ihre Lebenslage zu verbessern!

Gewerkevereinskollegen! Spannt Eure ganze Kraft an, organisiert, was noch zu organisiren ist. Euer ganzes Dasein muß der einzige Gedanke ausfüllen, wie kann ich unserem Gewerkeverein immer mehr Mitglieder zubringen. Darum auf Ihr Kollegen von Norddeutschland, zigt, daß Ihr nicht länger zurückstehen wollt.

Auf zur Agitation! S. A. R. Bleicher, Schriftführer des Norddeutschen Ausbreitungsverbandes.

**Verbands-Zeitung**  
(Sammlung\*)  
für die ausgesperrten Arbeiter der Elektrizitäts-Industrie  
Berlins und Umgegend.  
Fabrik- und Handarbeiter: Berlin VI (Hausdamer) 1.20.  
Maschinenbau- und Metallarbeiter: Berlin I (Sisse Nr. 2093) Kuhlmann 4.50, Mülheim II (Ruh) 5.70, Eller 5.-, Dantenhal 2.-, Dortmund V (Elektromechaniker) 6.-, Heren 3.85, Kamen 3.-, Tischer: Anklam 10.-, Reike 3.05. Summa 44.30 Mk. Bereits quittirt 5322.99 Mk. Insgesamt 5367.29 Mk.  
Berlin, den 26. November 1905. R. Klein, Verbandskassirer.

\* Norddeutscher Ausbreitungsverband.  
Quittung über eingelaufene Beiträge fürs III. resp. IV. Quartal 1905 von den Ortsvereinen der Maschinenbauer: Prenzlau 2.60, Züschow 1.20, Stralsund 1.10, Stettin II 1.50, Uckerminde 3.00, Stettin-Bredow 2.20, Tischer-Stettin 2.80, Stettin-Bredow 5.90, Bromberg 1.00, Putow 4.05, Danzig 4.00, Thorn 2.00; Schneider-Stolz 1.70, Stralsund 2.00, Stettin 4.70, Danzig 7.00; Eisenarbeiter: Stettin 1.40, Stettin 1.50; Fabrik- und Handarbeiter: Eisenhüttenow 2.00, Rath's-Dammig 4.80; Töpfer und Ziegler: Zäckerhof 6.20, Uckerminde 3.30; Schiffszimmerer: Wöllingdorf 1.10, Stettin-Bredow 2.20. Summa 116.95.  
Franz Calites, Kassirer, Stettin, Holzstr. 15, III, Eing. Eisenbahnstr.

\* Süddeutscher Ausbreitungsverband.  
Protokollauszug der Vorstandssitzung vom 8. November 1905.  
Kollege Bleicher eröffnet die Sitzung um 8 Uhr, wobei die Kollegen Seib, Rindermayer, Eit und Schuler fehlen, erstere Zwei entschuldigt. Als Gast wohnt der neugewählte Beamte der Fabrik- und Handarbeiter, Kollege Kessler-Schramberg, der Sitzung an und wird derselbe in herzlichster Weise vom Vorsitzenden begrüßt.  
Ein Besuch des D. B. der Fabrik- und Handarbeiter-Kugelsberg, einen Teil entstandener Kosten durch den Ausbreitungsverband zu decken, wird nach eingehender Diskussion abgelehnt. Nachträgliche Genehmigung findet ein Besuch von Regensburg um einen Redner und wurde nach dort Kollege Bleicher gesandt. Kollege Bleicher giebt hierzu Bericht und ist zu entnehmen, daß er bei einer von ca. 300 Personen besuchten Versammlung Erfolg zu verzeichnen hatte. Zur Kenntnis gegeben wird noch ein Telegramm aus Schramberg, betr. Streit, und erklärt sich die Sitzung mit dem Bureau getroffenen Maßnahmen einverstanden. Der Ortsverband Roth a. S. wünscht einen Referenten und wird beschloffen, den Kollegen Seib, da derselbe am 18. November von Kissingen retour kommt, nach dort zu delegiren.  
Betreffend eines Besuchs Lauterbach (Württemberg.) wird mit einem dort

\*) Gelder sind nur zu senden an Verbandskassirer Rudolf Klein Berlin N.O. 55, Greifswalderstr. 221/22.

meinen öffentlichen Arbeitsnachweise; wandernde Arbeitslose; der gewerbmäßige Arbeitsnachweis und die Arbeitsvermittlung für ländliche Arbeiter.

Ueber den ersten Punkt der Tagesordnung referierte der Beigeordnete Dominicus Straßburg. Derselbe legte seinen Ausführungen folgende drei Thesen zu Grunde: 1. Die paritätische Grundlage, also die Herausrettung des Arbeitsnachweises aus dem Streite der wirtschaftlichen Parteien; 2. die Kostenlosigkeit der Vermittlung; 3. wenn irgend möglich, die Eingliederung in die kommunale Verwaltung. Redner bekräftigt ferner die Ausgestaltung der interlokalen Arbeitsvermittlung, also des Zuberbindungstretens der einzelnen lokalen Arbeitsnachweise zum Zwecke des Austauschens von arbeitssuchenden Personen. Er erwähnte dabei folgenden Fall aus der Praxis: In Straßburg wurden durch den Brand einer Maschinenfabrik 180 Personen arbeitslos. Sofort setzte sich der örtliche Arbeitsnachweis mit denen in Eßloß Lothringen, Baden und Württemberg in Verbindung. Auf diese Weise war es möglich, daß in einer Woche sämtliche Arbeitslose untergebracht wurden ohne besondere Kosten. Es empfiehlt sich daher, diese Organisation auf das übrige Deutschland auszudehnen. Dies Weiteren verlangt der Vortragende die Unterstellung der Arbeitsnachweise unter einer Reichsbehörde, und zwar dem noch zu errichtenden Reichsarbeitsamt.

Diese Forderung stieß in der Diskussion auf harten Widerstand. Es wurde besonders bedauert, daß die Arbeitgeber den städtischen Arbeitsnachweisen noch vielfach unsympathisch gegenüber stehen. Auch wurde angeregt, daß die preussische Regierung aus dem ihr zur Verfügung stehenden Fonds die Arbeitsnachweise unterstützen möchte, wie es in Bayern und anderen Staaten geschieht.

Pastor Woerchen, von der v. Bodelschwings'schen Anstalt in Beihl bei Bielefeld sprach über die Fürsorge an wandernde Arbeitslose. Redner bespricht eingehend die Thätigkeit und Wirksamkeit der Herbergvereine und Verpflegungstationen. Es haben in einem Jahre die Herbergvereine über drei Millionen Ueberrnachtungen aufzuweisen und jedes Jahr 120-130 000 Stellen besetzt. Weiter betont Redner den engen Zusammenhang zwischen der Zunahme der „Wanderbettel“ und einer wirtschaftlichen Depression, wie er sich in den achtziger Jahren und Anfangs der neunziger Jahre gezeigt habe. Es ergebe sich aus allen Erhebungen, daß es falsch sei, die Ursachen des Wanderns auf subjektive Arbeitslosheit im Allgemeinen zurückzuführen.

Der Korreferent Stadtrath Dr. Fleßch-Frankfurt a/M. betrachtet die wandernden Lohnarbeiter als solche Personen, die in ihrem Wohnort keinen Unterhalt finden. Es müsse daher die Fürsorge für die „Wandernden“ zusammenfallen mit der Fürsorge für die Arbeitslosen. Jede Maßregel zur Verringerung der Arbeitslosigkeit würde auch die Zahl der wandernden Arbeitslosen vermindern. Die zur Unterbringung wandernder Arbeitsloser von den Arbeitern einzelner Berufe geschaffenen Einrichtungen sollen von den Gemeinden gefördert werden. Auch muß es den Arbeitslosen freistehen, Streikarbeit oder unter dem Tarif bezahlte Arbeit zurückzuweisen zu können.

Besonders interessant gestalteten sich die Referate und Diskussionen über den gewerbmäßigen Arbeitsnachweis. Vorzugsweise haben unter der gewerbmäßigen Stellenvermittlung die Arbeitnehmer im Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe, sowie im Seemannsgewerbe zu leiden. Auch im Handelsgewerbe spiele die private Stellenvermittlung eine bedeutende Rolle. Ein Vertreter der Gastwirtschaftsgehilfen betonte, daß in Breslau im Jahre 1904 die Stellenvermittlung für das Gastwirtschaftsgewerbe 51 800 Mk. an Gebühren eingenommen hätten.

Die allgemeine Meinung der Versammlung ging dahin, daß eine Abänderung der Gewerbeordnung dringend notwendig sei. Die Konzeptionierung der Gefindervertreter und Stellenvermittler müsse von dem Nachweise eines vorhandenen Bedürfnisses abhängig gemacht werden. Auch wurde vorgeschlagen, die gewerbmäßige Stellenvermittlung gänzlich zu verbieten. Ein Vortrag über die Arbeitsvermittlung für ländliche Arbeiter förderte keine neue Momente hervor. Irigend welche Beschlüsse wurden auf dieser Konferenz nicht gefaßt.

**Für die originale Bierkruse** unseres Verbandshauses in Berlin haben die Genossen des Augsburger Ortsverbandes prächtige Dekorationsstücke geschnitten. Der Ortsverband sendte einen alten, überaus fein gearbeiteten Hinntrug, ferner einen teilmalten Steingutkrug vom Jahre 1792 mit Deckel, und drittens drei Zinnkelch vom Jahre 1820 mit in Treidarbeit hergestellter Verzierung. Unser Franz Seitz-Gögglingen war mit einem dunklen Glaskrug mit Goldverzierung und Zinndeckel vertreten. Das Gefäß entstammt aus der Zeit der alten bayerischen Maß, darinnen mehr hingehing, als in ein heutiges Litermaß. Das Gegenstück hierzu, ein Glaskrug in Blaugold mit Zinndeckel, stammt aus derselben Periode, er giebt aber der Nachwelt Kunde davon, daß es auch ebendort in Bayern schon mäßige Trinker gegeben hat, denn er hält nur „eine halbe“. Sein Stifter ist Max Benz, der nimmerrömde Schriftführer des Ausbreitungsverbandes.

Aus seinem Familienbesitz muß das Stammseitel gekommen sein, das der rastlose Agitationsbeamte des Ausbreitungsverbandes,

E. Bleicher, der kostbaren Sendung beige packt hatte. Darauf lassen das scharf gravirte Wappen und die Initialien in demselben schließen. Das mit einem Zinndeckel versehene Glas trägt die Jahreszahl 1837. Anton Mayer vom Ortsverein der Maschinenbauer I in Augsburg ist mit einem alten Steinkrug an der Sendung beteiligt. Der zinngebedelte Krug zeigt lustige Bilder in Hochrelief. Zwei große Steinkrüge, mit Zinndeckel und Zinnfuß versehen, kommen vom Verbandsgenossen J. Bofsch aus dem Ortsverein der Fabrik- und Handarbeiter in Lechhausen und ein gleiches Exemplar einer noch größeren Nummer empfangen wir vom Verbandsgenossen Ferd. Kaiser aus dem Ortsverein der Fabrik- und Handarbeiter in Kriegshaber. So muß wohl der Krug ausgesehen haben, den der Bürgermeister von Rothenburg o. d. Tauber anno dazumal in einem Zuge leeren mußte, um durch diese Leistung die Stadt von ihren Belagerern zu befreien.

Nun steht die Altenburger „Sparparline“, die leider noch keine Schwärtern gefunden hat, nicht mehr allein auf dem langen Paneelebrett, jeto hat sie mehrere Gesellschaft gefunden. Wenn es hinfort einmal vorkommen sollte, daß zur mitternächtigen Geisterstunde keine fröhlichen Menschen mehr versammelt sind in der Bierstube, dann werden wir uns den Spezialisten unter den Thürhordern aus der Aktion des „Vorwärts“ leihen, der dann gewiß mit Erfolg die Geister belauschen kann, die zu solcher Zeit aus den Gefäßen emporkommen, um auf dem runden Nischenringelreihe zu tanzen und dabei von ihren Erlebnissen in Augsburg, Kriegshaber und Lechhausen zu erzählen. Die „Sparparline“ aus Altenburg wird sich gewiß dann vor Nachen derart schlüsseln, daß sie ob all ihr Geflapper noch einmal in den gleichen finsternen Verdacht kommt, von dem wir in Nr. 24 unter der Spitz (el) maite „Eine Bombe im Verbandshause“ berichten mußten.

Notabene für alle Diejenigen, die es zu wissen wünschen, 25 Meter Paneelebrett sind noch frei!

**Wer aus dem Reiche nach Berlin kommt**, wolle darauf achten, daß unser Verbandshaus in der Greifswalderstraße 221/23 vom Schlesischen Bahnhof aus bequem zu erreichen ist mit den Straßenbahnlinien 1, 2 und 4, Einsteigestelle Andreasstraße; vom Anhalter Bahnhof mit den Straßenbahnlinien 17, 59 und 63, außerdem mit einem Omnibus, der auf dem Plage vor dem Anhalter Bahnhof hält und bis vor die Thür des Verbandshauses fährt. Vom Potsdamer Bahnhof ist die Linie Nr. 74 bis zum Königsdior zu benutzen, von wo aus noch 2-3 Minuten bis zum Verbandshause zu gehen ist. Vom Lehrter Bahnhof, Ausgang nach der Invalidenstrasse, ist die Linie Nr. 2 zu benutzen. Derselbe Linie fährt auch am Stettiner Bahnhof vorbei, sodas die hier ankommenden Fremden ebenfalls mit Nr. 2 bis zum Königsdior fahren können.

Dem Verbandshaus am nächsten gelegen ist der Bahnhof Alexanderplatz. Von hieraus ist das Verbandshaus in etwa zwölf Minuten durch die Neue Königsstraße zu Fuß zu erreichen. Man kann aber auch mit dem Omnibus, an dessen Vorderschild Greifswalderstraße steht, für 5 Pfg. bis zum Verbandshause fahren. Alle übrigen Fahrten kosten 10 Pfg.

Wenn der Zureisende einen sehr großen Handkoffer mit sich führt, so muß er auf der Straßenbahn in der Regel den Vorderperren benutzen.

Wir sahen uns genötigt, dieses mitzuteilen, weil es nicht selten vorkommt, daß der zureisende Fremde einen Dienstmann am Bahnhof engagiert und mit diesem dann den Weg zu Fuß nach unserem Verbandshause zurücklegt und dadurch viel Zeit veräußt und viel Geld bezahlt.

Aber auch ein Theil unserer Berliner Verbandsgenossen soll, so wurde uns vor Kurzem erzählt, das Verbandshaus bisher noch nicht gesehen haben. Zur Wahrung der Ehre unserer Verbandsgenossen haben wir dies entschieden bekriften. Sollte es aber doch, wenn auch nur auf wenige Verbandsgenossen zutreffen, so kann dies auch nur daran liegen, daß jene Kollegen die Nummern der Straßenbahnlinien noch nicht gekannt haben. Nun ist dieser Unkenntnis mit einem Schlage abgeholfen.

## Gewerkvereins-Teil.

**§ Barth.** Am Sonnabend, 4. November, feierte unser Ortsverband im festlich geschmückten Saale des Burgrestaurants sein Stiftungsfest, bestehend aus Konzert, Theater und Ball. Auch Gewerkschaftsfreunde hatten sich zahlreich eingefunden. Unser Vorsitzender Wendt begrüßte die Festteilnehmer, erläuterte die Zwecke und Ziele der Gewerkschaften, forderte die Mitglieder auf, im Ämtiren unermüdet zu sein und stets neue Mitglieder zu werben für unsere gute Sache. Ferner konnte er noch bekannt machen, daß unsere Arbeit in diesem Jahre nicht ohne Erfolg gewesen sei, da der Ortsverband in diesem Jahre um das Doppelte gewachsen ist. Ein gut gestelltes Theater und ein fröhlicher Ball hielten die Mitglieder noch auf lange Zeit gemüthlich zusammen.

Wilhelm Frahm, Ortsverbands-Schriftführer.

**§ Köln.** Die hiesigen Ortsvereine veranstalten im kommenden Winter eine Reihe von Volksunterhaltungsabenden im großen Saale der Gesesellschaft. Der erste, ein „Weberabend“, findet voraussichtlich am Sonntag, 26. November, Abends 8 Uhr, statt. Die Aufführung liegt in den Händen von Professor Schulz Dornburg. Den elakittenden Vortrag hat Pastor Wohlleben übernommen. Die Programme, welche von den Ver-